

Antrag

Fraktion der FDP

Hannover, den 18.02.2014

Güterverkehr auf die Wasserstraßen bringen - Stichkanal Salzgitter (SKS) ausbauen

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

Die Binnenschifffahrt ist ein zuverlässiger Partner für Industrie, Handel und Gewerbe in Niedersachsen, Deutschland und Europa.

Das europäische Binnenwasserstraßennetz ist ca. 30 000 km, das deutsche ca. 7 300 km lang. Der Stichkanal Salzgitter verbindet die Industrieregion Salzgitter und den Harz - über den Mittellandkanal, den Elbe-Seiten-Kanal (ESK) und die Mittel- und Unterweser - mit den Seehäfen in Hamburg und Bremen sowie mit den Wirtschaftszentren u. a. an Rhein und Ruhr.

Für den Transport auf Binnenwasserstraßen eignen sich Schüttgüter genauso wie Container, Schwergut und übergroße Stückgüter. Diesen Gütern werden deutlich steigende Transport- und Umschlagmengen prognostiziert.

Die Anlieger des SKS (Salzgitter AG, Cargill, TanQuid, Fromme Landhandel usw.) geben mit ihren umfassenden Investitionen in den Erhalt bzw. in den Ausbau ihrer Anlagen ein klares Bekenntnis zum Standort am SKS ab. Im Gegenzug erwarten sie von der Bundes- und niedersächsischen Landesregierung verlässliche, wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen.

Mit dem zugesicherten Ausbau des SKS bis 2018 auf Befahrbarkeit mit dem ÜGMS (Übergroßes Gütermotorschiff) wird es ihnen möglich sein, anvisierte Mehrmengenpotenziale umweltfreundlich zu wettbewerbsfähigen Kosten zu heben. Durch den Ausbau des SKS werden sich zudem Neuansiedlungen, regionale Investitionen und damit einhergehend eine weitere Steigerung des Transport- und Umschlagvolumens ergeben.

Der Landtag fordert die Landesregierung daher auf,

1. das Planfeststellungsverfahren für den SKS umgehend in die Wege zu leiten.
2. für die Kosten des Planfeststellungsverfahrens in Vorleistung zu gehen und die Kosten anteilig der Kostenaufschlüsselung später zu verrechnen.
3. das Vergabeverfahren für den Ausbau des Stichkanals zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu starten.
4. falls erforderlich in die Vorfinanzierung der Ausbaumaßnahmen zu gehen, sodass die Potenziale für Ansiedlungen und Investitionen nicht brach liegen oder sogar verloren gehen, sondern im Interesse der Arbeitnehmer und der Umwelt „gehoben“ werden.
5. einen verbindlichen Zeitplan für den Ausbau des Stichkanals aufzustellen, sodass ein Abschluss der Ausbaumaßnahmen bis 2018 realisiert werden kann.
6. sich in den Senaten in Hamburg und Bremen sowie bei der Bundesregierung für eine stärkere Nutzung des Binnenschiffes für Hinterlandverkehre einzusetzen.

7. sich gegenüber der Bundesregierung und der Freien und Hansestadt Hamburg für den umgehenden Bau eines ergänzenden Abstiegsbauwerks zur Beseitigung des Nadelohrs in Scharnebeck einzusetzen, das die Befahrbarkeit des ESK mit ÜGMS (Länge 135 m x 11,45 m Breite x 2,80 m Abladetiefe) und Schubverbänden (Länge 185 m x 11,45 m Breite x 2,80 m Abladetiefe) ermöglicht.

Christian Grascha
Parlamentarischer Geschäftsführer